

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 129 A

BERLIN • Sonnabend, den 4. Juni 1932

1. JAHRGANG

Die Katastrophenpolitiker „arbeiten“.

Zurück in die Zeiten des Sozialistengesetzes. Telegramm an den „Bruderstamm“.

W-er. Das froiherliche Kabinett ist nun vollzählig beisammen. Für einige Posten war kein Freiherr mehr vorhanden, so z. B. für das in diesen Kreisen überflüssige Arbeitsministerium, das man deshalb dem schlicht-bürgerlichen Herrn Reichswirtschaftsminister WARMBOLD zur einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte mit übertragen hat.

Die neue Regierung ist vereidigt worden und hat bereits ihre erste formale Sitzung hinter sich.

Wie die HUGENBERG-Presse mitteilt, ist es wahrscheinlich, daß die neuen Männer sich die Mühe der Reichstagsberufung gar nicht machen, solange sie nicht wissen, daß nur ihre Leute im Reichstag sitzen. Der „Tag“ schreibt:

„Es steht fest, daß das Kabinett mit einer Auflösung des Reichstags für die allernächsten Tage rechnet. Sehr wahrscheinlich ist, daß es zu einer Sitzung des Reichstages überhaupt nicht mehr kommt, vielmehr der Reichspräsident dem Reichstagspräsidenten brieflich die Auflösung des Reichstags mitteilt und der entsprechende Erlaß im Reichsgesetzblatt bekanntgegeben werden wird.“

Wie weit dies alles mit der Verfassung einer Republik in Einklang zu bringen ist, braucht sich der „Tag“ natürlich nicht zu überlegen.

Das Zentrum erkrankt.

Für die kommenden Wahlen wird sich die Regierung gehörig vorbereiten müssen; denn das ihr entgegengebrachte Mißtrauen reicht sehr weit. Die Verärgerung des Zentrums führt nachgerade zu einer Totalerkrankung des gesamten leitenden Körpers dieser Partei. Das plötzlich auftretende langwierige Magenleiden des Herrn KAAS ist offenbar als Parteiparole aufgefaßt worden und bei der Geschlossenheit dieser Partei, in die Herr von PAPEN wohl nur aus Versehen hineingeraten ist, prompt befolgt worden: BRÜNING hat seinem Nachfolger — was wir ihm nicht etwa verdenken — die Geschäfte nicht persönlich übergeben, sondern ist leicht erkrankt. Sein Vertreter bei dieser Staatsaktion, der Sekretär der Reichskanzlei, PÜNDER, hat gerade noch die Geschäfte übergeben können und ist im Anschluß daran so krank geworden, daß er um einen mehrwöchigen Urlaub bitten mußte, den er auch erhalten hat. Herr von PAPEN wird also als freiwillige Unterstützung zunächst nur die Gefolgschaft der Barone haben. Das ist nicht viel, wenigstens nicht in einer Demokratie. Die gilt es daher zunächst abzuschaffen.

Hindenburg bedankt sich.

Die Pläne HINDENBURGS und der Reichsregierung sind im einzelnen ziemlich dunkel. Der Reichspräsident hat an BRÜNING und alle möglichen anderen aus den Aemtern ausscheidenden Menschen herzliche Abschiedsworte gerichtet über umfassende Kenntnisse und restlose Hingabe und treue Pflichterfüllung, daß man zunächst nicht verstehen kann, warum gerade er alle diese Leute aus ihren Aemtern gedrängt hat; denn daß sie nicht freiwillig gegangen sind, trotz ihres formellen Gesuchs um Entlassung, liegt auf der Hand und ist auch unbestritten.

Die geistigen und seelischen Potenzen.

Der Reichskanzler hat mit der deutschen und ausländischen Presse bereits Unterhaltungen gehabt, die über seine Pläne nur soviel Aufschluß bringen, daß seiner Meinung nach „die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, gleich aus welchem Lager sie kämen“, nötig sei: „Eine so gewaltige Kraftanstrengung, die von dem deutschen Volk in der nächsten Zukunft erwartet werden muß, kann nur geleistet werden, wenn alle geistigen und seelischen Potenzen, die überhaupt nur irgendwie erreichbar sind, erfaßt werden. Das wird die Aufgabe der Regierung sein.“

Das mit den geistigen und seelischen Potenzen, die Herr von PAPEN sammeln wollte, ist angesichts der Taten, die von ihm heute schon feststehen, ein unmöglicher Witz. Diese Regierungsvertreter, die auf Druck der bankerotten Großgrundbesitzerklasse Deutschlands und tatendurstiger Generäle, die zum Teil den Krieg nur aus der Kartenstube des Großen Generalstabes kennen, an die Macht gekommen sind, diese Gruppe von Menschen verkörpert Potenzen, die für die Zukunft Deutschlands und der Arbeiterschaft besser impotent geblieben wären.

Schleicher bewahrt das Erbe einer großen Vergangenheit.

An die Reichswehr.

„Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, berufen hat.

Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gestärkt werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Tatsache, daß wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht besitzen, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren.

Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwirklichen.

Der Reichswehrminister. gez.: VON SCHLEICHER.“

Zuchthausstrafe für die Brüder Sklarek beantragt.

h Berlin, 3. Juni.

Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen die Brüder WILLI und LEO SKLAREK wegen fortgesetzten Betruges zum Schaden der Berliner Stadtbank, zum Teil in Tateinheit mit schwerer öffentlicher Urkundenfälschung, wegen Betruges zum Schaden der Dresdner Bank und der Ostbank, wegen Konkursverbrechens in Tateinheit mit Konkursvergehens und wegen fortgesetzter aktiver Bestechung je sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Gegen die übrigen Angeklagten des SKLAREK-Prozesses wurden Gefängnisstrafen beantragt.

Zum Schluß beantragte der Oberstaatsanwalt, gegen die Brüder SKLAREK sofort Haftbefehl zur Verbüßung ihrer Strafe zu erlassen. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, die SKLAREKS aber vorläufig in Polizeigewahrsam genommen.

Die „Germania“ meldet: „Herr von Papen hat infolge seiner Ernennung zum Reichskanzler sein Mandat als Aufsichtsrat der Germania A-G. und damit den Vorsitz im Aufsichtsrat niedergelegt.“

Die Leitung des Aufsichtsrates der „Germania“ übernimmt nunmehr Dr. h. c. FLORIAN KLÖCKNER, der gleichfalls Hauptaktionär dieses Unternehmens (und Schwerindustrieller, D. Red.) ist.

Den Reichstag auflösen heißt heute, ihn mit Nazis bevölkern:

denn wie die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz „verlautbart“, hängt ihre Tolerierung des Kabinetts PAPEN davon ab, daß der Reichstag nach Hause geschickt wird, Neuwahlen ausgeschrieben werden

„und die Organisationspropaganda- und Demonstrationsfreiheit für die bisher so maßlos unterdrückte nationalsozialistische Bewegung wiederhergestellt und durch den Appell an die Nation Uebereinstimmung geschaffen wird zwischen dem Willen des Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung“.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Nazis durch die jetzige Regierung und ihre Hintermänner noch erheblich mehr begünstigt werden als durch die Regierung BRÜNING. Innenpolitisch heißen die Taten der Regierung also:

Zurück in die Zeiten des Sozialistengesetzes!

Außenpolitisch folgt schon aus dieser Entwicklung eine völlige Abkehr von den schwachen Verständigungskeimen, insbesondere von denen zwischen Frankreich und Deutschland.

Der Kanzler hat auch mit der ausländischen Presse gesprochen.

AUS DEM INHALT:

Zerreißen des Young-Plans.

Erfolgreicher Streik trotz Krise.

„In allen meinen Taten . . .“

Zwangskartelle und Gewerkschaften.

Gedenktag für Chinas Proletariat.

Kirche und Charakter.

Wie kommen wir zur proletarischen Einheitsfront?

Eine Rundfrage im Betrieb.

Betriebsratsobmann (SPD): „Einheitsfront unter Führung des ADGB? Das gibt es nicht. Die KPD wird sagen, der ADGB sei doch nur eine SPD-Filiale. Wenn sie aber wirklich mitmacht, so wird sie ihr Versprechen der parteipolitischen Neutralität nicht halten.“

Ich: „Welchen anderen Weg schlägst Du denn vor?“

Obmann zuckt resigniert die Achseln.

RGO-Betriebsrat: „Einheitsfront unter Führung der KPD.“

DMV-Betriebsrat (parteilos): „Es ist zu spät.“ (Deshalb spielt er lieber Karten, anstatt an der Einheitsfront zu arbeiten.)

Drei SAP-Kollegen: „Einheitsfront unter Führung des ADGB ist der einzige Weg.“

Rot-Sportler: „Eine solche Parole des ADGB würde die Arbeiterschaft aufrütteln. Er hat das Vertrauen, das die politischen Arbeiterparteien nicht haben. Die Parole muß bald kommen, sonst sind wir verloren.“

30 bis 40 freigewerkschaftliche Kollegen: „Weshalb ergreift der ADGB nicht die Initiative? Weshalb macht er nicht wenigstens den Versuch zur Einigung? Weshalb bezahlen wir unsere Beiträge, wenn der einzige Weg zur Einigung, zur Abwehr des Faschismus nicht eingeschlagen wird?“

Es handelt sich um einen Betrieb mit etwa tausend Chemieproleten.

Wenn die Stimme der Arbeiter ausschlaggebend wäre, so stände morgen die geschlossene Arbeiterfront da.

Welch ein betäubendes Bild für die Arbeiterschaft, daß sie im Moment der höchsten Gefahr sich nur retten kann dadurch, daß die Stimme von unten mächtiger wird als die ihrer von allem politischen Weitblick und allem Kampfesmut verlassenen Führer.

H. D.

Aus seiner im übrigen nichtssagenden Ansprache ist wichtig der Satz, daß die ausländische Politik auf einer klaren Grundlage beruhe und daß Erfolge in auswärtiger Politik nur möglich seien, wenn die innere Lage ganz klar sei. „Wenn die innere Lage ganz klar ist“, das heißt bei diesem Kanzler: wenn das ganze Volk nationalistisch ist. Und die Außenpolitik heißt dann: mit der Faust und dem Degen wackeln.

Diese Auslegung erhält ihre Stütze durch die erste außenpolitische Aktion Herrn von PAPENS, der sich sofort an den „deutschen Bruderstamm“ erinnert, der ihm wohl noch von der „Nibelungenprobe“ her bekannt ist. Herr von PAPEN hat zusammen mit dem Chef der Außenpolitik an seinen österreichischen Kollegen DOLLFUSS telegraphiert und der „Regierung des deutschen Volkes in Oesterreich“ „im Gefühl der Schicksalsverbundenheit der deutschen Bruderstämme“ die Vertiefung der bestehenden Beziehungen zugesichert.

Soweit die deutsche Reichsregierung! Es ist klar, daß sie beseitigt werden muß. Ueber die Stimmung der Arbeiterschaft zu unserem Vorschlag, die Einheitsfront zu schaffen, veröffentlichen wir in der heutigen Nummer eine kleine, aber bezeichnende Umfrage, die einer unserer Freunde dazu veranstaltet hat.

Gedenktag für die Gefallenen des chinesischen Proletariats. Protest und Aufruf.

Vor wenigen Tagen veranstaltete der Bund antiimperialistischer Chinesen in Berlin eine Kundgebung zum Gedächtnis der Opfer jener Straßenkämpfe, die vor sieben Jahren in Schanghai stattgefunden haben.

In der Baumwollindustrie in Schanghai erhielt damals ein Arbeiter einen Tagelohn von 20 Cents; nach dem Kurs jener Zeit waren das 40 Pfennige. In den japanischen Fabriken der Stadt wurden sogar nur 15 Cents ausgezahlt. Die Arbeiter wurden außerdem körperlich mißhandelt, einige zu Tode. Zum Kampf für bessere Löhne und zur Abwehr solcher Mißhandlungen gingen die Arbeiter der japanischen Fabriken in den Streik. Der Streik dauerte von Februar bis März 1925; dann brach er ab.

Bald nach der Wiederaufnahme der Arbeit erschöpfte der japanische Unternehmer im Streit den Arbeiterführer Ku TZEN-HUN. Dieser Mord erweckte in Schanghai große Empörung. Arbeiter- und Studentenorganisationen, die in enger Verbindung mit einander standen, berieten gemeinsame Protestmaßnahmen.

Am 30. Mai wurden von den Studenten in Schanghai große Protestversammlungen auf offenen Plätzen der Stadt organisiert. Die Versammlungen protestierten gegen das Unrecht, das in den japanischen Fabriken geschah. Von den Plätzen aus gingen Demonstrationen durch die Stadt. Auf den Straßen, an den Wegkreuzungen wurden Reden gehalten. Studenten, Arbeiter und Kaufleute gingen im Zug mit.

Als der Demonstrationzug durch die Hauptstraße der englischen Konzession kam, wurde er von einem englischen Regierungsgebäude aus, in dem englische Polizisten untergebracht waren, beschossen. Das war die Antwort der englischen Behörde darauf, daß die chinesischen Massen es wagten, gegen die Unterdrückung der Chinesen seitens der Ausländer zu protestieren und mit ihrem Protest gar noch die Ruhe und Ordnung der englischen Konzession zu stören.

Der Demonstrationzug versuchte, trotz diesem Angriff vorwärtszudringen. Die englischen Polizisten traten ihnen entgegen und griffen sie auf der Straße an. Das Ergebnis des Kampfes: 7 Tote, über 10 Schwerverletzte. Auf wessen Seite diese Verluste lagen, braucht nicht gesagt zu werden. Die Demonstranten besaßen außer den Stöcken, an denen ihre Transparente befestigt waren, keine Waffen.

Dieser Straßenkampf rief noch größere Empörung und Aufregung in Schanghai wach. In der Universität, den Schulen, den Kaufhäusern, den Fabriken kam es zu Streiks. Protestversammlungen fanden statt. Es gab Redner, die sich in solchen Versammlungen einen Finger abhackten, um mit Blut ihr Rachegeblüde niederzuschreiben.

Die Imperialisten in Schanghai haben nicht untätig zugehört. Die Konsulate aller in Schanghai vertretenen auswärtigen Nationen riefen ihre Schutzwehren und ihre Matrosen zusammen zu Gegendemonstrationen. Es kam zu Zusammenstößen. Ueber 60 Studenten und Arbeiter, die ja waffenlos waren, wurden getötet, Unzählige verletzt.

Die Empörung griff auf ganz China über. Die chinesische Bevölkerung beschloß den Boykott nicht-chinesischer Waren. Darauf Kämpfe und Chinesenmorde im ganzen Reich. Die letzten Gefechte fanden in Hankau und Kantschou statt. In Hankau haben die englischen Soldaten am 11. Juni chinesische Arbeiter und Studenten mit Maschinengewehren angegriffen. 11. wurden getötet; über 100 verletzt. In Kantschou kam es am 21. Juni zu einer ähnlichen Szene. Aber die Opfer waren zahlreicher: 150 Tote, über 500 Verletzte.

Sieben Jahre sind seit diesen Metzelleien verflossen. Der imperialistische Mord am chinesischen Volk hat seitdem nur zugenommen. In jedem Jahr gedenken die Chinesen der Opfer von 1925 und trauern um sie. Aber inzwischen fordern die imperialistischen Raubzüge in China neue Opfer. Wieviele europäische Arbeiter wissen noch überhaupt von dieser Unterdrückung des chinesischen Proletariats; wieviele protestieren gegen sie, und wieviele kämpfen gegen den Imperialismus?

Im Namen von Chinas unterdrückten Massen rufe ich den europäischen Proletariern zu: Helft im Kampf gegen jede imperialistische Unterdrückung!

Chi Yin Chen.

Zerreißen des Young-Plans. Wie sie von Frankreich aus möglich ist.

Die englisch-amerikanischen Verhandlungen über die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz, die zeitlich und räumlich von der Lausanner Konferenz getrennt liegt, werden in Frankreich verstanden als ein Zeichen dafür, daß Lausanne keine endgültigen Lösungen bringen wird, sondern nur eine provisorische Regelung der Moratoriumsfrage.

Ueber die Form dieser Regelung, wie man sie sich in Kreisen der gemäßigten Rechten denkt, gibt ein Aufsatz des Senators BERENGER in der „Agence Economique et Financière“ Aufschluß. BERENGER verlangt, daß schon diese vorläufige Regelung in einer

Revision des YOUNG-Planes

bestehe, und zwar auf der Grundlage des Sachverständigen-Berichts vom Dezember 1931. Er führt aus: Wenn Deutschland nicht die Absicht habe, den Vertrag einseitig zu zerreißen, so solle es seine Finanzlage angeben und seine Zahlungsfähigkeit prüfen lassen. Stelle sich dabei etwa heraus, daß Deutschlands wirtschaftliche Depression seit 1930 um 30 Prozent zugenommen habe, so könne es für die restlichen zwei Drittel neue Verpflichtungen übernehmen. Die Schuldenabkommen mit England und Amerika sollten nach dem gleichen Schlüssel geregelt werden. BERENGER selber schätzt die Leistungsfähigkeit des deutschen Reichs auf 440 Millionen Mark jährlich.

Es ist bei der Beurteilung dieser Rede nicht in erster Linie wichtig, die Höhe der Schätzung und die von BERENGER vorgeschlagene Art der Berechnung der neuen Forderungen zu

kritisieren. Solche Fragen können in Lausanne geklärt werden, sofern man in Deutschland ein Ohr hat für die Verhandlungsbereitschaft, die hier angemeldet wird. BERENGER erklärt ausdrücklich, daß

Verträge und Abkommen nicht für die Ewigkeit starr und unabänderlich

sein, sie seien „lebende Dinge, die man den Bedürfnissen einander folgender Geschlechter anpassen müsse“. Er schließt seine Betrachtungen mit dem Satz: „Vertrauen und Kredite werden nur wiedergewonnen durch eine Gesamtinterpretation der früheren Unterschriften, die zu einer kollektiven Neuregelung für die Zukunft führen.“

Die Äußerung dieses Franzosen zeigt deutlich, wie die Zerreißen des YOUNG-Plans erreicht werden kann: Dadurch — und nur dadurch, daß die Vertrag-Kontrahenten sich zusammensetzen und in gemeinsamen Bemühungen an die Stelle des YOUNG-Plans einen Vertrag setzen, der die deutsch-französischen Beziehungen so regelt, daß die beiden Nachbarvölker in Frieden — vielleicht in absehbarer Zeit noch tiefer verbunden neben- und miteinander leben können. Auch HERRIOT und seine Freunde sind für solche Pläne sicher zu haben. Leider ist die neue deutsche Regierung für solche Friedensaktionen gegen Frankreich nicht zu gebrauchen. Das lehrt ein Blick in ihre Presse „Völkischer Beobachter“ und „Tag“. Schon außenpolitisch gesehen ist diese Regierung ein Unglück — und nicht nur für Deutschland.

„In allen meinen Taten...“ „Entschuldungs“-Aktionen bei Devaheim.

Am 30. Mai faßte die Gläubigerversammlung der Devaheim und Deuzag (Deutsche Entschuldungs- und Zwecksparkassen AG) eine Entschließung, in der es u. a. heißt:

„Die vorhandene Konkursmasse stellt heute einen Wert dar, der unbedingt für die Befriedigung der Gläubiger erhalten werden muß. Dieser Wert kann nur erhalten werden, wenn die durch Herrn Generalsuperintendenten D. DIBELIUS mit erneut heute zur Verlesung gelangtem Brief vom 9. September 1931 an den Herrn Konkursverwalter gegebene verbindliche Zusage umgehend eingelöst wird.“

Was hatte Herr DIBELIUS dem Konkursverwalter versprochen? Er hatte ihm mitgeteilt, daß eine „Notgemeinschaft der Inneren Mission e. V.“ gebildet worden sei, mit einem Staatssekretär z. D. als Vorsitzenden (Dr. HOFFMANN) und „mit dem Ziel, die wirtschaftlich schwachen Sparer besonders zu berücksichtigen und denjenigen Sparern, die ihre Spartätigkeit auf neuer Grundlage fortzusetzen wünschten, zu helfen“. Die „Notgemeinschaft“ leitete also — so berichtet der Staatssekretär z. D. — eine Sammlung ein, an der sich neben der Inneren Mission zahlreiche Kirchengemeinden und Geseftliche beteiligten, und die bisher rund 14 Millionen Mark einbrachte. Mit den gesammelten Geldern wurde — angeblich auf Wunsch der Interessensvertretungen der Sparer — die Bausparkasse

„Rat und Tat“

gegründet. „Wenn es soweit ist, wird die Notgemeinschaft noch einmal

mit einer Bitte um Unterstützung des Hilfswerks an die evangelische Öffentlichkeit herantreten.“

Ein Betrag von 100 000 Mark ist als Härtefonds für die am schwersten geschädigten kleinen Sparer zur Verfügung gestellt und zu erheblichen Teilen bereits ausgeschüttet. Darüber hinaus ist in zahlreichen Fällen spürbare Hilfe geleistet worden.“

Im Devaheim-Prozeß wurde am Donnerstag

die Frage erörtert, ob die Unregelmäßigkeiten in der Konzernverwaltung auf betrügerische Handlungen von Vorstandsgliedern zurückzuführen sind. Wie sich bei der Vernehmung des Bürgermeisters MATZEL der Landgemeinde

Obersalzbrunn im Kreise Waldenburg i. Schl. herausstellte, hatte Generaldirektor WILHELM JECKEL zu einer Zeit, als bereits der Zusammenbruch des Devaheim-Konzerns außer Frage stand, die Landgemeinde Obersalzbrunn zum Abschluß eines Entschuldungsvertrages über 400 000 Mark und zur Leistung einer Anzahlung von 60 000 Mark veranlaßt. Bürgermeister MATZEL bekundete, daß JECKEL ihm zugesichert habe, daß die Gemeinde Obersalzbrunn am 31. März 1931 mit den 400 000 Mark rechnen könne. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft konnte dieses Versprechen bei der damaligen Geschäftslage des Konzerns gar nicht mehr erfüllt werden. Als der 31. März 1931 heranrückte, konnte die Devaheim den Betrag tatsächlich auch nicht ausschütten. Bereits am 1. Oktober 1930 waren

weit mehr Spardarlehen zugeteilt worden als Gelder vorhanden waren.

Damals handelte es sich um eine Zuteilung von insgesamt 8 Millionen Mark, während das Bankguthaben der Devaheim lediglich 8 650 000 Mark auswies, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß von dieser Summe nur 2 000 000 Mark in der Sparkassenbank gehörten (!), diese drei Millionen aber größtenteils durch Gewährung von Krediten an die Baugenossenschaft festgefroren waren. (!) Die Landgemeinde Salzbrunn ist um die 60 000 M, die sie anzahlte, geschädigt worden. Die Staatsanwaltschaft sieht hier als erwiesen an, daß JECKEL den Obersalzbrunner Bürgermeister durch betrügerische Versprechen zum Abschluß des Sparvertrages und zur Anzahlung der 60 000 M veranlaßt hat. Generaldirektor JECKEL bestreitet, dem Bürgermeister MATZEL eine derartige bestimmte Zusage gemacht zu haben. Eine solche Zusage hätte auch nicht den Satzungen entsprochen. Im übrigen erklärte JECKEL, daß zur damaligen Zeit die Deuzag und die Devaheim seiner Ansicht nach noch solvent gewesen seien.

Der Prokurist ERNEMANN habe noch im Mai 1931 kurz vor dem Zusammenbruch Entschuldungsverträge bis zu einer Million abgeschlossen.

In Gegensatz hierzu bestätigt der Direktor FOTH von dem Devaheim-Konzern die Bekundungen des Bürgermeisters MATZEL.



PORGY.

Ein Neger-Roman von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Kuiper, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(37. Fortsetzung.)

„Da sehen Sie!“ sagte der Leichenbeschauer zu dem Mann in Zivil. „Ein lückenloses Alibi!“

Der Detektiv warf ihm einen Blick voll abgründiger Verachtung zu, trat dann dicht an das Bett heran und zog das Tuch von Serenas Gesicht fort, das unbeweglich auf dem Kissen lag, als sei es aus braunem Ton geformt.

„Du weißt verdammt genau, daß du gestern draußen warst!“ fauchte er. „Ich hätte große Lust, den Wagen kommen zu lassen und dich einzusperrn!“

Tiefes Schweigen folgte diesem Ausbruch.

„Nun — hast du nichts zu meiner Behauptung zu bemerken!“ fragte er dann.

„Doch Serena hatte nichts mehr zu sagen, sowenig wie ihre Pflegerinnen, die er drohend mit finstigerunzelten Brauen ankunzelte, während sie unbeweglich mit niedergeschlagenem Blick dasaßen.“

„Nun?“

Sie erhoben sich rasch und rissen die Augen erschreckt auf, so daß das Weiße rings um die Iris zu sehen war. Dann fingen sie beide fast gleichzeitig zu sprechen an:

„Wir schwören zu Gott — seit drei Tagen sind wir hier bel ihr!“

„Hol' euch der Teufel!“ fluchte der Detektiv erbittert. „Es hat ja keinen Zweck — gerade so gut könnte man mit einem Käfig von Papageien debattieren!“

Als sie wieder in der frischen Luft waren, sagte er zu seinem Begleiter, der alles andere als begeistert war:

„Die Frau ist genau so krank, wie Sie es im Augenblick sind! Wenn nichts anderes, so beweist das ihre Komödie, die sie uns vorgespielt hat, und die natürlich vorbereitet war. Ich glaube ja nicht, daß sie Crown umgebracht hat! Sie sieht jedenfalls nicht danach aus, aber wahrscheinlich hat sie ganz etwas anderes auf dem Gewissen! . . . Es ist immer dieselbe Geschichte: ohne Zeugen kann man nicht gegen sie vorgehen — und sie verraten einander nie!“

Der Leichenbeschauer war kein besonders zartbesaiteter Mensch — doch als er jetzt den leeren Hof überquerte, wurde es ihm doch recht schwer, unter den prüfenden Blicken, die er aus hundert herabgelassenen Fenstern auf sich gerichtet fühlte, die Kontrolle über seine Nerven nicht zu verlieren. Zweimal überraschte er sich dabei, daß er scheu über seine Schulter zurückblickte. Er war wie erlöst, als sie den Eingang wieder erreicht hatten und wollte gehen. Doch der Detektiv, ganz erfüllt von seiner Aufgabe, rief ihn zurück.

„Das hier ist das Zimmer des Krüppels!“ sagte er. „Er eignet sich zwar nicht zum Zeugen, wie ich im Fall Robbins erfahren mußte, wo es mir nicht gelang, ihn zum Sprechen zu bringen — aber die Frau will ich mir doch mal ansehen!“

Er stieß unvermutet die Tür auf. Porgy und Bess, die neben dem Ofen saßen, sahen gerade ihr Frühstück von zinnernen Tellern. Das Kind lag auf dem Bett in der Ecke.

Porgy, der im Begriff war, den Löffel zum Mund zu führen, hielt mitten in der Bewegung inne und sah auf. Bess senkte den Blick auf ihren Teller und aß weiter.

Der Leichenbeschauer blieb in der Tür stehen, machte ein dienstliches Gesicht und zog sein Notizbuch aus der Tasche.

„Wie heißt du?“ fragte er Porgy.

Der Krüppel sah ihn lange prüfend an, musterte seine massige Gestalt und sein schwermütiges, durchaus nicht unsympathisches Gesicht und lächelte dann offen und freimütig.

„Ich bin Porgy“, sagte er. „Sie kennen mich, Herr, denn Sie haben mir oft in der König-Karl-Straße Kupferstücke geschenkt.“

„Ach richtig du bist der Mann mit dem Ziegenbock! So, ohne Wagen, hab' ich dich nicht gleich wiedererkannt!“ sagte er freundlich. Dann aber fuhr er, wieder in seinen dienstlichen Ton verfallend, fort:

„Du kanntest doch den Nigger Crown von Ansehen — nicht wahr?“

Porgy bedachte sich einen Augenblick, sah wieder dem Leichenbeschauer ins Gesicht, und da ihn das, was er dort fand, nicht beunruhigte, antwortete er schließlich:

„Ja, Herr — ich erinnere mich seiner, er war vor langer Zeit einmal hier.“

„Du könntest ihn also doch wohl identifizieren?“

Porgy sah ihn verständnislos an.

„Ich meine: erkennst du ihn wieder, wenn du ihn sehen würdest?“

„Ja, Herr — ich kenne ihn!“

Der Leichenbeschauer notierte sich das in sein Buch, klappte es mit einer abschließenden Gebärde zu und steckte es in die Tasche.

Während dieser kurzen Unterhaltung hatte der Detektiv das Zimmer genau geprüft. Der Fußboden war frisch gescheuert und in den Winkeln noch feucht. Nachdem er das saubere Kiefernholz der Dielen sorgfältig untersucht, blieb er vor dem Fenster stehen. Der untere Teil des hochgezogenen Rahmens war zersplittert, und von den kleinen, viereckigen Scheiben fehlten mehrere.

„Hier also habt ihr Crown ermordet!“ sagte er laut.

Die Worte zerrissen das tiefe Schweigen, wurden dann gewissermaßen von ihm aufgesogen und bekamen dadurch etwas Theatralisches, verloren alles Ueberzeugende. Weder Porgy noch Bess antworteten — ihre Gesichter hatten den Ausdruck vollkommener Verständnislosigkeit.

Nach geraumer Weile sagte die Frau:

„Ich verstehe nicht, Herr. Hier hat niemand Crown ermordet — nur mein Mann ist gestern in das Fenster gefallen, weil er ausgerutscht ist. Er ist ja ein Krüppel!“

„Hat jemand das gesehen?“ forschte der Leichenbeschauer, der noch an der Tür stand.

(Fortsetzung folgt.)

Französisches Gold und rumänisches Defizit.

In diesen Tagen wird TITULESCU, der gleich nach dem Sturz des rumänischen Kabinetts vom rumänischen König telegraphisch aufgefordert wurde, nach Rumänien zu kommen und Verhandlungen über die Regierungsneubildung zu übernehmen, in Bukarest eintreffen. Ob es ihm gelingt, ein Kabinett zu bilden, sei es auch nur ein Uebergangskabinett für kurze Zeit, wird in Bukarest von vielen bezweifelt. Anscheinend ist aber eine schnelle Klärung der innerpolitischen Lage notwendig, wenn die Regierungsgeschäfte ordnungsgemäß weitergeführt werden sollen. Die bloße Amtsführung des bisherigen Kabinetts klappt offenbar nicht. Die Presse klagt darüber, daß die höheren Beamten überhaupt nicht mehr in ihren Büros erscheinen; die unteren Beamten seien zwar da, politisieren aber, statt zu arbeiten.

Ausgerechnet in dieser Zeit der inneren Unsicherheit veröffentlicht der französische Sachverständige RIST, der nach den französischen Wahlen seine Untersuchungen in Rumänien abbrechen mußte, einen Bericht über die finanzielle Lage Rumäniens. Danach hat der rumänische Staatsschatz einen Fehlbetrag von etwa 10 Milliarden Lei (240 Millionen Mark); für das Jahr 1932 rechnet man mit einem zusätzlichen Fehlbetrag von 6 Milliarden Lei (144 Millionen Mark), und für die Eisenbahn mit einem Fehlbetrag von 2 Milliarden Lei (48 Millionen Mark). RIST schlägt zur Abhilfe vor: Rücksichtslose Steuererhöhung, Erhöhung der Verbrauchssteuern, Beamtenabbau, Neuorganisation der Verwaltung und Appell an den Völkerbund.

Wie sehr Frankreich die Situation zu nutzen versteht, zeigt die Tatsache, daß fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Berichts die Unterredung eines ungenannten Parteiführers mit dem Bukarester französischen Gesandten bekannt wird. Der Gesandte hat dabei gefordert, Rumänien müsse jetzt so bald wie möglich eine nationale Regierung unter TITULESCU bilden, um das Land mit den Notwendigkeiten vertraut zu machen, die sich aus dem Bericht von RIST ergeben. Wenn RISTs Vorschläge durchgeführt worden seien, dann könne Rumänien zum Herbst mit der Finanzhilfe Frankreichs rechnen, und es sei dann zulässig, die Regierung TITULESCU durch eine Parteiregierung zu ersetzen, sofern diese sich nur jeder Art von „ungesetzlicher Einmischung in den Lauf der Dinge“ enthalte.

Frankreich sucht die Zügel in Rumänien wieder anzuziehen, die ihm nach dem Wahlerfolg der französischen Linken schon aus der Hand zu gleiten drohten. Außer der gesteigerten Notlage Rumäniens — das Kabinett ist, wie wir meldeten, darüber gestürzt, daß die Gehälter nicht mehr ausgezahlt werden könnten — hat zur Kräftigung des französischen Einflusses sicher die Tatsache beigetragen, daß HERRIOT sich zu einer Fortsetzung der Politik TARDIEUS bekannt hat. In den Wandlungen der französischen Kammer erzählt man sich, daß nach der französischen Regierungserklärung, die man für Dienstag erwartet, als erster TARDIEU das Wort ergreifen wird, um sich für die bevorstehenden Genfer und Lausanner Verhandlungen mit der Regierung solidarisch zu erklären.

Es ist nach alledem damit zu rechnen, daß die deutsch-rumänischen Verhandlungen über ein Vorzugszollabkommen, die von rumänischer Seite seit Wochen mit Rücksicht auf die französische Regierungsbildung verschleppt wurden, nun bald als ergebnislos abgebrochen werden können.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Erfurt: Sonnabend, den 4. Juni, 20 Uhr, im Volkshaus (Johannestraße [Hintergebäude]). Thema: **Wie helfen wir am Aufbau der proletarischen Einheitsfront?**
Freie Aussprache! Eintritt frei!

Fürsorge-Erziehung.

G. P. Durch die Zeitungen ging der Bericht über eine Gerichtsverhandlung. Zwei Jugendliche, ein Achtzehnjähriger und eine Sechzehnjährige, hatten sich wegen Diebstahls zu verantworten. Der Junge, schon vorbestraft, bekommt Gefängnis. Die beiden nehmen das Urteil ruhig auf. Bei dem Mädchen soll von einer Strafe abgesehen werden, aber: „Erziehungsmaßnahmen sind nötig. . . Ueberweisung in Fürsorge-Erziehung.“ Das Mädchen schreit auf, ist nicht zu beruhigen: „Ich will nicht in eine Anstalt, ich will in keine Erziehungsanstalt!“

Das Entsetzen ist begreiflich: Der Prozeß Scheuen, der Rieklinger Prozeß haben erschreckende Bilder von solcher „Erziehungsarbeit“ gegeben: Prügel, Zwangsarbeit, Rechtlosigkeit, hilflose Unterdrückung. Gegenwärtig verhandelt das Schöffengericht in Prenzlau über Erzieher der Fürsorgeanstalt Waldhof bei Templin, einer Anstalt der Inneren Mission, in der sich Vorgänge, ähnlich denen von Scheuen, wiederholt zu haben scheinen.

Auch wo solche Scheußlichkeiten nicht vorkommen, herrscht meist der Geist, der den Willen der jungen Menschen brechen will, der kein Verstehen, keine Achtung vor ihnen hat, ihnen kirchliche und staatliche Autoritäten aufzwingen will. Und doch liegt hier ein Feld voll großer und fruchtbarer Aufgaben für die Erziehung. Wie reich diese Arbeit sein kann, wenn sie von Freimut und Güte getragen ist, zeigte mir der Besuch in einer Anstalt in Norddeutschland.

Vierzehn Tage war ich dort und konnte überall mitarbeiten. Es ist, als ob man in ein großes Landerziehungsheim kommt. Auf dem Berg steht die ehemalige Burg; andere Gebäude, ein riesiger Park, Gärtnerei, Felder, Wiesen gehören zur Anstalt. Fünfzig bis sechzig Schulkinder sind hier zu Hause, für die die großen Mädchen sorgen. Sie kochen, waschen, plätten, nähen für sie. Die großen Jungen arbeiten in der Schlosserei, Landwirtschaft, Tischlerei, Gärtnerei. Die Erzieher, die meistens auch eine praktische Ausbildung haben, arbeiten den ganzen Tag mit ihrer Gruppe zusammen. Hier gibt es nicht, wie in den meisten anderen Anstalten, Erzieher bei der Arbeit und Erzieher für die Freizeit, eine Teilung, die häufig dazu führt, daß ein ausgeruhter Freizeiterzieher am Abend von den Jungen oder Mädchen verlangt, daß sie zuhören, wenn er aus einem schwierigen Buch vorliest, daß

Die Lehren kommunistischer Kommunalpolitik.

Im „Funken“ (vom 31. März) wurden Erfahrungen über kommunistische Kommunalpolitik in einem Arbeiterdorf bei Frankfurt a. M. mitgeteilt.

Die Tatsachen, über die berichtet wurde, waren kurz folgende: Ein kommunistischer Bürgermeister, der sich geweiht hatte, Reichsanordnungen (Getränke- und Bürgersteuer) durchzuführen, wurde von der bessischen Regierung seines Amtes enthoben. Das unkluge Verhalten eines kommunistischen Beigeordneten gab den eigentlichen Anlaß dazu. Zur Zeit führt ein von der Regierung eingesetzter Kommissar die Geschäfte der Gemeinde.

Wie wird von der Arbeiterschaft des Ortes die Politik des kommunistischen Bürgermeisters beurteilt? Zunächst einige Tatsachen: dem Bürgermeister war es möglich gewesen, für die Erwerbslosen seiner Gemeinde immerhin etwas zu erreichen. So wurde zum Beispiel an verheiratete Erwerbslose kostenlos Holz aus dem Gemeinewald abgegeben. Zum Teil wurde ihnen auch das Wassergeld erlassen. Jeder durchziehende Arbeitslose, der auf der Walze war und dessen Papiere in Ordnung waren, bekam ein warmes Essen und 1,50 M Wegegeld.

Diese wenigen Errungenschaften wurden von dem eingesetzten Kommissar abgebaut! Mehr noch: der den Arbeitslosen bereits erlassene Teil des Wassergeldes wird jetzt nachträglich erhoben und von der Unterstützung abgezogen. Darüber herrscht Empörung bei denen, die sich so etwas gefallen lassen müssen — aber keiner widersetzt sich den angeordneten Maßnahmen des Kommissars. Ein Arbeiter, den ich danach fragte, ob sie nicht versuchen wollten, wenigstens etwas von den Erfolgen zu halten, antwortete: „Das Kapital hat stets die Macht und wird sie auch behalten!“

Die Kommunisten versuchten damals, unter Führung des Beigeordneten und zweier anderer Arbeiter, dem Kommissar den Zutritt ins Rathaus zu verwehren. Was war der Erfolg? Der Beigeordnete und die beiden Genossen zogen es vor, sich unsichtbar zu machen. Von dem Ersten weiß man, daß er in Moskau ist. Die beiden anderen sind bereits verhaftet und im Gefängnis. Der eine von beiden leidet noch vom Kriege

her an schwerer Gasvergiftung. Die „Rote Hilfe“ versucht, seine Entlassung aus dem Gefängnis durchzusetzen.

Und der Erfolg also dieser „höheren Form des Klassenkampfes“? Verärgerte Erwerbslose, verlorene Möglichkeiten, im Rahmen seiner sonstigen Arbeit für die Arbeiterschaft zu wirken, und Isolierung der Partei.
H. Ls.

Der ADGB soll die Initiative ergreifen.

Eine beachtenswerte Resolution.

F. G. Die Branchenversammlung der Modell- und Fabrik-tischer beschäftigte sich am Mittwoch im Rahmen ihrer übrigen Tagesordnung mit der Frage: Was soll angesichts der rasend fortschreitenden Reaktion werden mit der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitszeitverkürzung, wie die Gewerkschaften sie fordern? Die Kollegen waren sich darüber einig, daß nur ein einheitlicher Kampf der Arbeiterklasse den Vormarsch der Reaktion aufhalten kann.

Der Branchenleiter erklärte, daß nur eine ehrliche Einheitsfront, die nicht unter Führung der einen oder anderen Partei steht, die gestellten Aufgaben lösen könnte. Trotzdem vertrat er die irrierte Auffassung, daß die „Eiserne Front“ diese Einheitsfront sei, zu der nur die Kommunisten zu kommen brauchten. Er vergaß dabei ganz, daß nur Sozialdemokraten oder ganz SP-freundliche Kollegen Funktionäre in der „Eisernen Front“ werden können.

Die Versammlung war der Ansicht, daß der ADGB die Vermittlung bei der Herstellung der Einheitsfront übernehmen sollte und stimmte folgender Entschliebung ohne Widerspruch zu:

„Die Branchenversammlung fordert die Ortsverwaltung auf, beim ADGB darauf hinzuwirken, daß er die Initiative ergreift, um zwischen den politischen Parteien der Arbeiterschaft eine einheitliche Abwehrfront herzustellen, die jetzt unbedingt schnellstens nötig ist, um die Vernichtung der gesamten Arbeiterbewegung zu verhindern.“

Nationalsozialismus in Oesterreich.

Verhaftungen und bewaffnete Kundgebungen in Innsbruck.

Vor einer Woche fand in der Nähe von Innsbruck eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und — wie es zunächst hieß — kommunistischen Arbeitern statt, eine der Prügeleien, wie sie in Deutschland an der Tagesordnung sind. Die Konsequenzen, die die Polizei inzwischen gezogen hat, sind der Reaktion würdig: Man hat etwa 20 Sozialdemokraten, unter ihnen den Führer des republikanischen Schutz-bundes, verhaftet und hat, jedenfalls bisher, keinen Einspruch erhoben, als in einer Heimwehrkundgebung am Mittwoch verkündet wurde, daß die Heimwehren am Sonntag in Innsbruck eine bewaffnete Kundgebung veranstalten werden.

England will Irland in Ottawa schneiden.

in London, 2. Juni.

Der englische Minister für Dominions, THOMAS, erklärte, die englische Regierung werde mit Irland in Ottawa nicht verhandeln, da nicht einzusehen sei, daß ein in Ottawa abgeschlossener Vertrag bessere Berücksichtigung finden werde als einer, der in London abgeschlossen sei. Die Einladung des irischen Vertreters sei von der kanadischen Regierung ausgegangen; damit habe England nichts zu tun.

Boykottpropaganda in Danzig und Polen.

Der Danziger Senat hat sich in einer entschiedenen Note an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig gewandt und gegen die fortgesetzte polnische Flugblattpropaganda, die zum Boykott Danzigs und Zoppots auffordert, protestiert. Diese Propaganda wird von polnischen Eisenbahnbeamten unterstützt, die Danziger Beamten an der Beschlagnahme der Blätter behindern. Nachdem der Danziger Senat in zwei früheren Noten vergeblich um Abstellung dieser Vorkommnisse gebeten hatte, kündigt er nun ein energisches Einschreiten der Danziger Polizei auch gegen die polnischen Eisenbahnbeamten an, wenn diese sich auch fernher an der Boykottbewegung beteiligen.

Diese Danziger Note hat sich offenbar gekreuzt mit einer polnischen Antwort auf die früheren Beschwerden. Der diplomatische Vertreter Polens weist darauf hin, daß die Danziger Paßkontrollbeamten nicht das Recht hätten, die polnischen Eisenbahnzüge auf dem Danziger Gebiet zu betreten, wie sie es bei der Beschlagnahme der Flugblätter getan haben. Im übrigen habe der Danziger Senat bei seinem Feldzug gegen die Boykottpropaganda noch nichts gegen die Danziger Nationalsozialisten unternommen, die in ihrer Presse und in einer eigens zu diesem Zweck herausgegebenen Schrift zum Boykott polnischer und jüdischer Geschäfte aufriefen.

er es nicht verstehen kann, wenn so ein Junge, müde von der Arbeit draußen, mal nichts weiter tun will, als ruhig in der Ecke sitzen und etwas rauchen oder tanzen.

Welches sind die Erziehungsmethoden? Grundprinzip des Leiters ist: „So rasch wie möglich raus aus der Heimerziehung!“ Die meisten Zöglinge sind nur zwei, drei Monate im Heim, nur einige länger. Die Erzieher suchen den Willen der Zöglinge zu stärken und durch Vertrauen ihr Selbstvertrauen zu heben. Die Vorbedingung dazu ist größtmögliche Freiheit.

Eine Siebzehnjährige ist gebracht worden: zitternd, weinend, verängstigt. Nach der ersten Unterhaltung will sie vom Leiter an ihre Arbeitsstätte geführt werden. Der sagt ihr nur: „Du weißt jetzt ja ungefähr, wie die Gebäude liegen, such' dir's nur selber!“ Sie wollte das beinahe nicht glauben. Da steht alles offen, in ein paar Minuten wäre sie auf der Straße, und . . . man nimmt als selbstverständlich an, daß sie nicht fortläuft, läßt sie frei, ohne Beaufsichtigung! Dann steht sie neben mir, sieht auf den Hof. Und, indem sie mich schau ansieht: „Das ist hier wohl gar keine Anstalt, das ist mehr ein Heim!“

Offenheit in allem, das ist der Grundzug der Arbeit: Bei Mutter B. in der Küche: „Na, Irma, jetzt schon Kohlen holen?“ „Tja, ich hab' gehört, daß Peter grad unten ist.“ Wir lachen, Mutter B. mit: „Na, paß auf, daß du nicht eine halbe Stunde brauchst!“

Ueber Politik wird genau so offen wie über alles andere gesprochen: Ich gehe mit einem Erzieher durch die Tischlerei. Dort arbeiten zwei neunzehnjährige Burschen. Der eine neigt zu den Nazis, der andere ist überzeugter Kommunist. Beide sind sehr befreundet. Es ist der Morgen nach der Reichspräsidentenwahl. „Wie lange wart ihr gestern noch am Radio?“ „Bis kurz nach 11 Uhr.“ „Wir haben oben noch bis 1/2 Uhr gehört. Aber bei euch muß es ja interessant gewesen sein. Alle drei Weltanschauungen zusammen.“ „Och, wir waren ganz zahm.“

Der Erzieher: „Tja, die Nazis und Kommunisten vertragen sich ja oft ganz gut, nicht?“ Der kommunistische Jugendliche: „Sie müssen es ja wissen, Sie lesen ja auch das „Hamburger Echo!““ (SP-Blatt.)

Der Erzieher lacht: „Au, L., da hast du es mir mal wieder gut gegeben.“

Beim Eintritt in das Heim wurde ich von einer Neunzehnjährigen in mein Zimmer geführt. Sie hat ein klares, schönes

Gesicht. Sie arbeitet im Büro, wird da ausgebildet; sie ist ein Mensch, dem man verantwortungsvolle Arbeiten übergeben kann. Noch vor knapp einem Jahr war sie eine berüchtigte Dirne: Aniermädchen in einem der übelsten Lokale Hamburgs.

Bei einem Fest fiel mir ein schmaler Junge als Ansager und besonders guter und leidenschaftlicher Tänzer auf. Mißtrauisch, voller Abwehr war er ins Haus gekommen. Man ließ ihn in Ruhe; nach einigen Wochen legte er dem Erzieher ein Heft mit Gedichten auf den Tisch. Der fand einige gut und sagte es ihm. Seitdem war das Eis gebrochen.

Noch wissen wir nicht, was aus den jungen Menschen, die ich eben schilderte, draußen wird, ob ihr Wille kräftig und gerade genug ist für die neuen Anforderungen oder nicht. Es gibt Mißerfolge, wie es sie überall gibt, wo man mit und an Menschen arbeitet. Aber vielleicht genügen Zweifeln gegenüber zwei Tatsachen, die dafür sprechen, daß es richtig ist, die Arbeit auf eine erzieherische Grundlage zu stellen, wie es dort geschieht. Unter den jugendlichen Verbrechern in den Gefängnissen dieser Provinz sind weniger als 1 Prozent frühere Fürsorgezöglinge! Die Zahl der Entweichungen aus der Anstalt beträgt 3 bis 4 Prozent der Jugendlichen (in manchen Anstalten in der Umgegend Berlins 300 Prozent!, d. h. jeder Jugendliche dort rückt ungefähr dreimal aus!).

Es wird viel Arbeit verlangt in diesem Heim, aber Arbeit, in der die Jugendlichen einen Sinn sehen, und die sie, so weit das geht, befriedigt. „Eine Autoschlosserei möchte ich haben“, sagte mir der Leiter, „das meiste sind doch Stadtjungen, die solche Arbeit brauchen. Und einen Kasten, ein Schiff mit 10 bis 12 Jungen und einen Erzieher drauf und dann los, Eisenerze von Schweden nach Hamburg schaffen oder Aehnliches. Das gäb' was. Ist Unsinn, daß Erziehung immer in einem Bau sein muß. Ich habe einen Jungen jetzt zum zweiten Mal auf Wanderschaft geschickt. Im Heim wäre er verkommen. Jetzt läuft er geordnet, hat Papiere, schreibt ein Reisebuch. Einmal ist er von Behörden festgehalten worden. Die Beamten meinten: Entweder du schwindelst oder dein Anstaltsleiter ist verrückt. Einen Zögling schickt man nicht auf Wanderschaft!“ So viel wird noch von der alleinseligmachenden Anstaltsziehung gehalten.

„Den Menschen freizumachen, ist die höchste und einzige Aufgabe der Erziehung.“ (NELSON.) In diesem Heim macht man damit Ernst.

Erfolgreicher Streik in den Wurstfabriken.

Berlin, den 3. Juni.

F. G. Nach zweiwöchigem Streik ist am Donnerstag mit den Berliner Fleisch- und Wurstwarenfabrikanten eine Vereinbarung getroffen worden, die ein Zugeständnis über die Lohnsätze des gefällten Schiedsspruches hinaus bedeutet. Nachdem die Streikenden am Mittwoch das ungenügende Verhandlungsergebnis abgelehnt hatten und auch die Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches auf unbestimmte Zeit verlagert wurden, machten die Unternehmer weitere Zugeständnisse.

Während der Schiedsspruch einen Lohnabbau von 1,15 M und 1,01 M auf 1,03 M und 0,93 M vorsah, betragen die Löhne nach der jetzt abgeschlossenen Vereinbarung 1,08 M und 0,96 M.

Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Der Lohn- und Manteltarif gelten bis 31. Dezember 1932.

Der Manteltarif wurde auch in den Urlaubsbestimmungen unverändert verlängert.

Diese Abmachungen zeigen deutlich, daß es durchaus nicht nötig ist, die Forderungen der Unternehmer, auch wenn sie durch Schiedssprüche gleichsam als berechtigt anerkannt werden, anzunehmen. Gerade was die Abmachungen über die Urlaubsbestimmungen betrifft, so muß gesagt werden, daß in vielen Fällen widerspruchslos die Kürzung der Rechte der Arbeiter auf diesem Gebiet hingenommen worden ist.

Ob es nötig war, den Vorschlägen der Unternehmer jetzt schon zuzustimmen, oder ob bei längerem Streik nicht der Lohnabbau überhaupt hätte vermieden werden können, ist natürlich schwer zu sagen. Uns scheint, daß die Gewerkschaften etwas zu schnell den Unternehmern nachgegeben haben, um so mehr als bereits durch Einzelvereinbarungen etwa die Hälfte der beteiligten Arbeitnehmer die Beibehaltung der bisherigen Löhne und Urlaubsbedingungen erreicht hätten. Man muß nämlich bedenken, was für eine anfeuernde Wirkung davon ausgegangen wäre, wenn die Forderungen der Unternehmer überhaupt abgelehnt worden wären.

Hamburger Wertbesitzer diktieren Lohnabbau!

Hamburg, den 2. Juni.

H. K. Nachdem die Verhandlungen zwischen den Unternehmern der Wertindustrie und den Gewerkschaftsvertretern gescheitert sind und nachdem auch das Schlichtungsverfahren ergebnislos verlaufen ist, wollen die Wertbesitzer jetzt die Lohnpolitik auf eigene Faust machen. Da eine tarifliche Bindung der Löhne für die Seeschiffswerften nicht mehr besteht, hat die Norddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, Abteilung Seeschiffswerften, in allen ihr angeschlossenen Betrieben durch Anschlag folgendes bekanntgemacht:

„Vom 5. Juni 1932 wird der Lohn für gelernte Arbeiter von 75 auf 71 Pf. herabgesetzt, für Angelernte von 69 auf 61 Pf., für Ungelernte von 61 auf 56 Pf., für Jugendliche von 19—20 Jahren von 45 auf 42 Pf., von 17 Jahren von 42 auf 39 Pf. herabgesetzt. Sämtlichen Werks-, Kriegs- und Arbeitsinvaliden wird zum 13. Juni gekündigt. Wer mit der Herabsetzung des Lohnes einverstanden ist, kann am 6. Juni weiterarbeiten. Wer sie nicht anerkennt, ist am 4. Juni entlassen und hat sein Werkzeug abzugeben.“

Gewinnung der Arbeitslosen.

F. G. Die Zentralinstanzen des „Bergbauindustriearbeiter-Verbandes“ haben eine Änderung der Satzung beschlossen, auf Grund der jetzt auch Arbeitslose in den Verband als Mitglieder aufgenommen werden können. Auch junge Arbeiter, die noch nicht im Betrieb standen, aber gewillt sind, in der Bergbauindustrie Beschäftigung anzunehmen, werden aufgenommen.

Der Verbandsbeitrag für die während der Arbeitslosigkeit aufgenommenen Mitglieder beträgt 5 Pfennige pro Woche. Eintrittsgeld brauchen sie nicht zu zahlen. Die Bezirke können noch einen Bezirksbeitrag in gleicher Höhe erheben.

Diese Mitglieder haben nur Anspruch auf Rechtsschutz und Lieferung des Verbandsorgans.

Auch andere Verbände sollten prüfen, ob nicht auch für sie infolge der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen organisatorischen Lockerung des Gefüges der Gewerkschaften diese Satzungsänderung von Nutzen ist. Besonders auch unter dem Gesichtspunkt, den Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, sich in den freien Gewerkschaften zu organisieren statt in der RGO.

So richtig es bisher war, daß sich die Gewerkschaften zu schützen suchten gegen Menschen, die erst im letzten Augenblick den Weg in die Gewerkschaften finden, wenn

sie infolge Arbeitslosigkeit der Hilfe bedürfen, und die danach wieder austreten, so überwiegt ist doch bei allen Gewerkschaften heute das Interesse, die Arbeitslosen bei sich zu organisieren und so mit ihnen in gewisser Weise rechnen zu können.

Wozu Notverordnungen alles verlangt werden, zeigt ein Vorfall im SKLAREK-Prozess. Einer der Angeklagten, der Bürgermeister KOHL, hatte einen Selbstmordversuch begangen und war dadurch verhandlungsunfähig geworden. Auf Grund der z. Zt. gültigen Strafprozeßordnung hätten hieraus sehr große Schwierigkeiten für die Fortsetzung des Prozesses entstehen können. Aus diesem Grunde versuchte das Gericht, für diesen einzelnen Fall eine Abänderung der strafprozessualen Bestimmungen auf dem Wege der Notverordnung zu erwirken. Diese Auffassung von der Zweckmäßigkeit der Notverordnungen ging sogar der Regierung BRÜNING zu weit. Sie lehnte deshalb den Erlaß der gewünschten Notverordnung ab.

Die Deutsche Staatspartei, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Landvolkpartei, Christlich-sozialer Volksdienst und Volksrechtspartei haben für die hessischen Wahlen eine „Nationale Einheitsliste“ gebildet. Der Kampf gegen den Sozialismus jeder Prägung ist das Ziel des bürgerlichen Blocks. Der Rest liberaler Bürger, die noch in der Staatspartei sind, fehlt natürlich dabei nicht.

Zur Ankurbelung der Schußwaffenindustrie („mit Rücksicht darauf, daß sich die Waffenindustrie und der Waffenhandel zur Zeit in einer besonders schweren Notlage befinden“) hat der Reichsrat einer Milderung der Schußwaffenbestimmungen zugestimmt. Für den Erwerb ohne Waffen-erwerbsschein werden freigegeben hochwertige Jagdgewehre, schwere, unhandliche Schießautomaten und lange Luxusfeuerwaffen von mindestens einem Meter Länge. Waffen, die erfahrungsgemäß bei politischen Auseinandersetzungen nicht benutzt werden.

Handgranatenfund.

i Tilsit, 2. Juni.

Die Polizei verhaftete in dem Dorfe Mattischken fünf Bauern, bei denen drei Handgranaten (zwei scharf), gefunden wurden. Es handelt sich um den Bruder des Landvolkführers DOEPNER, den Besitzer KISCHKAT, der vor kurzem sein Grundstück durch Versteigerung verloren hat, und um drei aus Schleswig-Holstein und dem Westen stammende Bauern.

Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages hat die Regierung um einige Erleichterungen für die Kriegsbeschädigten ersucht, insbesondere darum, in Zukunft die Sozialrenten nicht mehr auf die Kriegsbeschädigtenrenten anzurechnen.

Ein gewissenloser Chirurg, Dr. NIPPERT von Helgoland, stand vor dem Schöffengericht in Altona. Er hatte bei einer Blinddarmpoperation ein Bauchtuch in der Wunde stecken lassen, obwohl die Schwester ihn beim Schließen der Wunde auf das Fehlen des Tuches hinwies. Das Tuch wurde erst nach fünf Wochen aus dem Leib der Patientin entfernt, bei einer Nachoperation, von der Dr. NIPPERT behauptet, sie sei so wie so notwendig gewesen. Strafe: 200 M wegen fahrlässiger Körperverletzung, 300 M Schmerzensgeld an die Patientin.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonnabend, den 4. Juni.

Hamburg: 18.30 M. DREWS und W. R. WAGNER: Bilder aus dem malaiischen Bergbau.

Königsberg: 18.30 PRINZ: Weltmarktberichte.

Langenberg: 19.30 Superintendent HUSSMANN: 50 Jahre evangelischer Arbeiterverein.

Sonntag, den 5. Juni.

Hamburg: 18.10 Hörbericht aus dem HAGENBECK-Tierpark.

Königs wusterhausen: 19.30 Prof. SAITSCHICK, Ascona (Schweiz): Die Idee der politischen Freiheit.

Langenberg: 12.45 Dr. STEIN: Wirtschaft und Gesellschaft im Buch. 18.00 Neues Bauernland durch freiwilligen Arbeitsdienst (Hörbericht vom Westerwald).

München: 13.35 Konzert berühmter Dirigenten.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1491 m): 20.00 Der bewaffnete Aufstand in Kronstadt 1905.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 23/29.

ISK

7. JAHRGANG 6. HEFT JUNI 1932

INHALT:

WILLI EICHLER:

Das Ende der Demokratie.

*

LEONARD NELSON:

Massenverachtung und Achtung der Masse.

*

FRITZ GROB:

Die Entscheidungsstunde der Gewerkschaften.

*

Zum Nachdenken:

- Um ein paar Backpfeifen.
- Glänzende Pressearbeit der englischen katholischen Glaubensgesellschaft.
- Neue Anreize zum Tiermord.
- Die Angleichung der Löhne.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier. Kanne 1.— RM Pfand.

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Erstklassige Maßarbeit Herren- und Damen-Kostüme

!!! Tadellosere Sites !!!

Schönheit Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. L. Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.

Telephon: 25 53 42

Robert Peppmüller

S ä t t i n g e n

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Gewinnt bei Einliefern unsere Inszenen!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig.

Gelnhausen.

Das Fiasko der Demokratie und in dessen Gefolge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnt jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.

Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir seeben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.

Von LEONARD NELSON.

Dritte Auflage. 176 Seiten. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang ablauft.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a. Postscheckkonto: Berlin 813 42.

Preußischer Landtag.

Auch die Kommunisten glauben: Es wird, es muß . . .!

Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung des Landtags beantragte KASPER für die Kommunisten, die Regierung herbeizurufen, damit sie an der Sitzung teilnehme und sich verantworte. Der Antrag wurde mit Unterstützung durch die NS und die Deutschnationalen angenommen.

Die preußische Regierung erschien jedoch nicht.

BRACK antwortete schließlich brieflich, daß er für Freitag eine Sitzung des Staatsministeriums einberufen habe, in der die Frage geklärt werden solle, ob ein zurückgetretenes Kabinett noch verpflichtet sei, vor dem Landtag zu erscheinen.

In der Debatte sprach nach dem Deutschnationalen STEUER, der den Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung begründete,

der Kommunist PIECK.

Es steht die Frage vor der Arbeiterklasse: Will sie sich in noch tieferes Elend und Krieg hineintreiben lassen oder will sie die Reaktion verjagen. Das ist nicht möglich durch eine neue Reichstagswahl, sondern nur durch aktiven Massenkampf, politischen Massenstreik der gesamten Arbeiterklasse. Wir rufen der Arbeiterklasse zu: Ihr habt die Macht in den Händen, wenn ihr nur einig seid im revolutionären Massenkampf gegen die Bourgeoisie.

Sollte es zu Reichstagswahlen kommen, so werden es Wahlen des schürftigen Terrors gegen die Kommunisten und wahrscheinlich auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter sein. Die Attentatswahlen von 1878 und die Hottentottenwahlen von 1907 werden nur ein schwaches Abbild des Terrors sein, mit dem jetzt die reaktionären Kräfte die Reichstagswahlen durchführen werden.

Wer bei diesen Worten Hoffnung schöpfte, wer den Eindruck gewann, daß PIECK die Tödlichkeit der Gefahr erkannt hätte und aus dieser Erkenntnis Kühn die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen bereit sei, die Konsequenz einer ehrlichen Einheitsfrontpolitik, der mußte sich beim Lesen oder Hören anderer Teile der Rede sagen:

Laßt alle Hoffnung fahren!

Denn PIECK polemisierte breit gegen die SPD, in einer Weise, die eine Verständigung mit der SPD-Führung auch in der Teilfrage der Abwehr des Faschismus ausschließt. Mehr: PIECKs Rede zeigte deutlich, daß es kein Zufall ist, daß die KP immer noch glaubt, sich die Entlarvung der SPD durch bloße Propaganda in dieser Stunde leisten zu können.

PIECK hofft.

Er hofft, daß die Massen sich enttäuscht von den Nazis abwenden werden:

„Die Nazis sollen sich nicht täuschen. Die Massen, die zu ihnen gekommen sind, erwarten Hilfe von ihnen. Sie werden ihre Forderungen von Tag zu Tag stürmischer erheben, und werden zum revolutionären Klassenbewußtsein erwachen, wenn sie sich in ihrer Hoffnung enttäuscht sehen. Deutschland wird erwachen! Aber nicht in dem Sinne, wie es die Nazis zu ihrem Kampfruf gemacht haben. Das Volk wird erwachen aus der Nacht, in die es die SPD gesenkt hat. Es wird den Freiheitskampf unter den Losungen vorziehen, die die Kommunistische Internationale, dem Proletariat der ganzen Welt gegeben hat: Sturz der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und Aufrichtung der proletarischen Macht. Die Wege, die die Nazis gehen, müssen das werktätige deutsche Volk zwangsläufig zum Kampf gegen die Nazibestrebungen bringen.“

Dieselbe Hoffnung hegt PIECK in bezug auf das Verhalten der Massen gegenüber der SPD:

„Mit diesem Spiel wird es bald zu Ende sein. Heute speren die Arbeiter, daß die Stunde der Kampfscheidung herankommt. Darum die Einheitsfront von unten, darum der Wille der Massen in Betrieben, auf Stempelstellen und in den Gewerkschaften, sich jetzt zur Einheitsfront zusammenzufinden, um den Kampf gegen den Willen auch der SPD-Führer einheitlich aufzunehmen. Wir Kommunisten sind die einzigen, die den Massen ehrlich helfen, ihre Kämpfe um Lohn und Brot, um Land und Freiheit zu organisieren. Darum die Einheitsfront der Kämpfe unter Führung der Kommunisten.“

(Hier zeigt sich deutlich, wo die Wurzel der Roteinheitsfront-Politik der KPD liegt: in dem blinden Glauben an

die Notwendigkeit der Entwicklung. Nachdem gestern die SPD in ihrem Aufruf gezeigt hat, wie sehr sie von diesem fatalistischen Wahn unnebelt ist, zeigt PIECK in seiner Antwort an die SP, daß die KP denselben Wahn teilt. Für beide Parteien gilt, was wir gestern im Leitartikel geschrieben: „Die Arbeiterklasse bekommt in der fatalistischen Lehre von dem es wird und es muß ein fatales Geschenk, das in seiner Wirkung dem ähnelt, das MARX wirklich erkannt und entlarvt hat. Auch das Evangelium des Entwicklungsglaubens ist Opium für das Volk!“)

Es bleibt trotz allem erfreulich, daß PIECK seine vor einigen Tagen gegebene Antwort auf die Frage:

Was wird die KP-Fraktion gegen die NS tun?

noch einmal wiederholt hat, wenn auch im einzelnen weniger deutlich: „Wir Kommunisten wollen verhindern, daß die Massen den Leidensweg der faschistischen Diktatur zu Ende gehen müssen. Darum unser Kampf zur Verhinderung einer Naziregierung. Wir werden unter Einsetzung aller Kräfte des Proletariats zu verhindern suchen, daß die Nazis in Preußen oder anderswo die parlamentarische Regierungsmacht in die Hände bekommen.“

HEILMANN (SPD)

über die Landtagsschlacht, (diese von der SPD feige verpaßte Einheitsfront-Gelegenheit): Nachdem gestern der Präsident KERRL sich zu der richtigen Auffassung durchgerungen hat, daß er für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung voll verantwortlich ist, kann ich auch auf die Schuldfrage verzichten. Unser Kollege JÜRGENSEN ist, wie wir alle, ruhig auf seinem Platz geblieben und durch ein Wurfgeschloß aus weiter Entfernung schwer verwundet worden. Auch über dieses Kapitel schweigen die Kommunisten am besten. (Große Unruhe bei der KPD.) Wir sind aber auch nicht ängstlich gewesen und nicht, wie der Abg. PIECK behauptet hat, davongelaufen. Wir haben auf unseren Plätzen hier im Sitzungssaal noch gesessen, als längst der letzte Kommunist vor den stürmenden Schlägerscharen der Nazis den Sitzungssaal geräumt hatte. Wir haben weder persönlich noch politisch Furcht. Für Furchtgefühl ist in unserer Seele kein Raum, weil wir in uns die absolute unerschütterliche Gewißheit unseres endgültigen Sieges (die Opiumvergiftung, Red.) tragen.

Jetzt werden wir mal!

Inzwischen sind wir zunächst im Reich aus jeder Beteiligung an der Regierung, aus jeder Verantwortung gewaltsam hinausgestoßen und wir sind darüber nicht sehr traurig, denn wir haben für die Tolerierung schwere Opfer bringen müssen. Jetzt aber werden wir Ihnen (zu den NS) einmal zeigen, wie eine wirklich verantwortungsbewußte, wie eine ehrlich nationale Opposition aussieht.

Auch HEILMANN kennt eine „Tributfrage“.

Trotz Wehrlosigkeit ist die Tributfrage aussichtsvoll vorangetrieben gewesen. Was Sie (zu den NS) außenpolitisch tun wollen, auch dafür erwarten wir noch immer vergeblich ein klares Programm!

Herr KUPPE hat nach einer starken Regierung geschrien. Stark waren im Krieg alle Republiken, zusammengebrochen sind alle Monarchien. Nationale Politik fordert heute, daß für sie das ganze Volk mobilgemacht werden kann, und das bringt in Krieg und Frieden nur die Demokratie zustande.

Religiöse Toleranz:

Um aus der Sozialdemokratie einen Popanz und ein Schreckgespenst für den Kleinbürger zu machen, operieren Sie jetzt auch mit der Gottlosenbewegung. Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden absoluter religiöser Toleranz.

LETTERHAUS (Zentrum) quittiert HEILMANN:

Niemand von uns weiß, wie lange uns noch Gelegenheit geboten ist, frei vor der Nation zu reden. Ich möchte darum diese Stunde benutzen, ganz gleich, wie in Preußen und Deutschland in den nächsten Jahren Koalitionen oder Regierungen oder Diktaturen aussehen werden, ich möchte im ausdrücklichen Einverständnis mit meinen Parteifreunden erklären, daß es wiederum die vielgeschmähte Linke war, die die starke staatspolitische Einsicht in den Jahren 1930, 1931 und 1932 besaß. Während die Rechte sich versagte, wuchs das Verständnis auf der Linken.

Ein sittlicher Charakter ist also für sich allein noch kein Kulturwert, weder ein hoher noch ein niedriger; aber ohne Sittlichkeit des Charakters gibt es überhaupt keine Kultur — sofern man jedenfalls an dem Sprachgebrauch festhält, wonach „Kultur“ eine schätzenswerte Lebensweise bezeichnet.

Aber, ob man nun den sittlichen Charakter als Krönung der Kultur ansieht oder als ihre notwendige Voraussetzung, auf alle Fälle steht derjenige, der einen Blick dafür hat, wie wenige Charaktere heute unter den „Kulturvölkern“ herumlaufen, vor der Frage, wie eine Erziehung zum Charakter möglich ist. Auf diese Frage hin stellt die katholische Kirche und mit ihr der Herr Abgeordnete PETERSILKA den Charakter zum zweiten Mal auf einen Sockel — „die Religion, auf der . . . der sittliche Charakter aufgebaut ist“.

Die christliche Kirche glaubt, der menschlichen Natur in zwei Punkten entgegenkommen zu müssen, um ihr die Anforderungen des Charakters zu erleichtern. Sie traut dem Menschen nicht die Fähigkeit zu, durch eigene Einsicht zu erkennen, was er tun soll; sie mißtraut ferner seinem Willen, sich allein um dieser Einsicht willen dazu zu entschließen, seine Pflicht zu tun. So bietet sie Ersatz an: An Stelle der eigenen Einsicht in die Pflicht verlangt sie die gläubige Anerkennung dessen, was Bibel und Kirchenlehre für den Willen Gottes erklären. Und der Bereitschaft, sich diesem Willen unterzuordnen, hilft sie nach, indem sie statt der sittlichen Einsicht die Triebe und Neigungen des Menschen auf die gewünschte Spur lockt, von den ideal amputierten Impulsen einer vergeistigten Gottesliebe an bis hinunter zu den sinnlichen Trieben der Höllenfurcht und der Himmels Hoffnung.

Mit Charakterbildung hat das nicht das Geringste zu tun. Im Gegenteil: Die Bildung des Charakters wird auf diese Weise systematisch verhindert, denn zum Charakter gehört die Bereitschaft, der eigenen sittlichen Einsicht zu folgen, und darum der Wille, diese Einsicht zu entwickeln und sich selber ein Urteil über Recht und Unrecht zu bilden. Und gerade diese Absicht wird erstickt, wenn man Menschen daran gewöhnt, sich blind einer Autorität zu unterwerfen,

Gegen den U-Boot-Krieg.

BRÜNING und STEGERWALD sind Opfer einer Wählerarbeit gleicher Konventikel und exklusiver Klubs geworden. Es sind dies dieselben Cliques, die in der Vorkriegszeit schon die frisch-fröhliche Hetz auf Kanzler und Minister durchgeführt haben, die irgendwo im Osten oder in Klubs in Berlin ausmachten, daß der oder jener Minister fallen mußte. Und wiederum sind es Großindustrielle und Großlandwirtschaft, die bei dieser Arbeit zusammenwirken. Deutlich erkennbar ist, daß die Hintermänner dieser Krise einen Mann gesucht haben, dessen Kanzlerschaft dem Zentrum wegen seiner politischen Herkunft angenehm sein sollte. Diese klugen Taktiker haben sich aber verrechnet. Im Zentrum gibt es so etwas wie Treue und Anhänglichkeit. Das Zentrum wird die Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung ablehnen.

Deutlich muß man auch einmal aussprechen, daß es zu trifft, daß wir seit einigen Jahren uns in einer Epoche des politischen Mordes befinden (anhaltende Unterbrechungen, Zurufe bei den Nationalsozialisten).

Mit neun Listen findet der hessische Wahlkampf statt: 1. SPD; 2. Zentrum; 3. SAP und KPD-O; 4. KPD; 5. Dr. LEUCHTGENS; 6. Deutschnationale; 7. NS; 8. Hessische Demokraten; 9. Nationalsozialistische Einheitsliste.

Der Schaumburg-Lippesche Landtag verabschiedete den Haushaltsplan in Höhe von 2 873 525 Mark mit acht gegen sieben Stimmen.

Die Bayerische Volkspartei hat als stärkste Fraktion des neuen bayerischen Landtags den wichtigsten anderen Parteien vorgeschlagen, ohne vorherige koalitionsmäßige Vereinbarungen den Ministerpräsidenten zu wählen. Sie schlägt den bisherigen Ministerpräsidenten HELD als Kandidaten vor.

Sieben Parteien ziehen am kommenden Sonntag in den Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Schwerin: SPD; KPD; NS; Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Mietrentner, Staatspartei); DNVP; Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger (Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei, Christlich-Soziale); SAP.

Die Fieberkurve der Not.

In Potsdam, wo auf Grund eines Magistratsbeschlusses das bisher unentgeltlich gelieferte Essen in der Notküche von Mittwoch an 10 Pfennige kosten sollte, drangen Erwerbslose ins Stadtschloß, um von dem Magistratsdezernenten unentgeltliche Essenausgabe und Zurückziehung der aufsichtführenden Schupo Beamten aus der Notküche zu verlangen. Die Anträge wurden abgewiesen.

In Nowawes verlangten die Erwerbslosen die Wiedereröffnung der wegen mangelnder Inanspruchnahme geschlossenen Notküche. Auch hier wurden sie abgewiesen.

In Essen wurden verschiedene Konsumläden und sonstige Geschäfte geplündert.

Auch in Hamburg fanden am Dienstag wieder Plünderungen statt.

Zu einer Schießerei mit der Polizei ist es wieder in Wuppertal gekommen, als die Polizei eine große Menschenmenge zerstreuen wollte, die ein Lokal unlagerte, in dem eine nationalsozialistische Versammlung stattfand.

Auf dem Potsdamer Platz in Berlin kam es am Dienstagabend zu Kundgebungen.

Verboten wurden alle Versammlungen der KPD und ihrer Nebenorganisationen bis auf weiteres vom Landrat des Rhein-Wupperkreises. Grund: der Ueberfall, den in der Nacht zum Dienstag in Hilgen bei Remscheid Kommunisten auf NS ausgeführt haben sollen, und bei dem ein NS getötet und mehrere verletzt wurden.

Im Emden stieß am Donnerstag Polizei mit Erwerbslosen zusammen, die eine Zwangsraumung verhindern wollten. Die Polizei schoß, ein Arbeiter wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt.

In Bochum fand am Donnerstag eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nazis statt.

Im Osten Berlins wurde am Donnerstag ein „Stahlhelm“-Mann bei einer Schlägerei schwer verletzt.

Im Berliner Felsenegg-Prozess kam es am Donnerstag zu einem Tumult, als das Gericht gegen den Einspruch des kommunistischen Verteidigers LITTE den Prozeß und die Vernehmung des Polizeiwachmeisters OLDENSTEDT bis Montag zu unterbrechen beschloß. Die Kommunisten sangen die „Internationale“, die Nazis das Horst-Wessel-Lied.

Kirche und Charakter.

Der tschechische Minister für Schulwesen und Volksaufklärung hat den Mitgliedern der Regierung und des Kulturausschusses den Entwurf einer Mittelschulreform vorgelegt. Ziel dieser Reform: Tieferes Eindringen der Schüler in die Kulturschätze. Zu diesem Zweck sieht der Entwurf vor, daß der Religionsunterricht nicht nur als obligatorisches, sondern auch als freiwilliges Fach vom Stundenplan der Mittelschulen verschwindet.

Der Entrüstungsturm der Katholiken war diesem Reformplan von vornherein sicher. In den Kommissionsdebatten griff ihn der Abgeordnete PETERSILKA als „eine schwere Beleidigung der religiös denkenden Bevölkerung“ an. Der Plan sei auch höchst unpädagogisch. Er solle die Schüler mit den Schätzen der Kultur vertraut machen und lasse gerade die Hauptsache und Grundlage der Kulturschätze, die Religion, „auf der der höchste Kulturschatz, der sittliche Charakter, aufgebaut ist“, außer Betracht.

Im Namen von Kultur und Sittlichkeit greift die katholische Kirche jedes Bestreben an, ihre Herrschaft über die Schule zu brechen; im Namen von Kultur und Sittlichkeit wollen wir ihren Fehdehandschuh aufnehmen!

Was ist denn eigentlich der „sittliche Charakter“, der nach katholischer Auffassung durch das Prager Schulgesetz so stark bedroht sein soll? Er ist etwas so Einfaches, daß das tönende Wort von „höchsten Kulturschatz“ daneben schon verdächtig hohl klingt.

Einen sittlichen Charakter hat derjenige, der bereit ist, besonnen zu handeln und sich dabei nach dem zu richten, was er als seine Pflicht erkannt hat. Ein hohes Kulturgut? Für einen anständigen Menschen versteht sich diese Haltung von selber. Er wird es sich nicht als Verdienst anrechnen, wenn er sie eingenommen hat, wohl aber sich Vorwürfe machen, wenn er sich durch Neigungen oder Leidenschaften hat hinreißen lassen, seiner Ueberzeugung entgegen zu handeln.

statt dem eigenen Nachdenken zu vertrauen. Zum Charakter gehört ferner die Bereitschaft, den Antrieb zur Pflichterfüllung jedem anderen überzuordnen, und dazu bedarf es der Kräftigung und Schulung des sittlichen Willens. Gerade das wird aber unterbunden, wenn man die sittliche Bereitschaft durch andere Antriebe zu unterstützen oder gar zu ersetzen sucht, seien es nun die der Liebe, der Furcht oder der Hoffnung. Das Mißtrauen der Kirche gegen die Fähigkeit des Menschen, einfach aus Pflichtbewußtsein recht zu handeln, nötigt sie zu „Erziehungsmethoden“ die dahin führen, dieses Pflichtbewußtsein völlig zu lähmen und verkümmern zu lassen.

Wem es darauf ankommt, daß die Schule der Charakterbildung dient oder ihr zum mindesten nicht entgegenwirkt, der wird sich, wenn er sein eigenes Ziel versteht und die Macht hat, die für dieses Ziel notwendigen Mittel zu ergreifen, der Forderung des tschechischen Ministers anschließen und den Religionsunterricht im Namen von Kultur und Sittlichkeit aus den Schulen hinauswerfen. Es ist interessant, zu sehen, daß das Verständnis für diese Notwendigkeit ausgerechnet bei den Völkern am stärksten ist, die von der europäischen Zivilisation weitgehend verschont sind und in denen das Analphabetentum noch eine große Rolle spielt, bei den Russen, den Spaniern und den Mexikanern. In den sogenannten Kulturvölkern Europas ist durch die jahrhundertlange Herrschaft der Kirche über die Schule schon fast das Bewußtsein dafür erloschen, was ein freier Mensch und ein Charakter ist.

Mord als Reklametrick.

Im Schaufenster eines modern aufgezogenen Schuhwarenladens Hamburgs steht ein fast meterlanges Wasserbassin. Darin liegen die Leichen zweier junger Krokodile. Ein Schild ruft: „Tausende dieser Krokodile sterben jährlich für unsere echten Krokodil-Schuhe.“

Kein Wunder, daß sich ein Drittel des Volkes der Dichter und Denker zur Partei der Fememörder bekennt.

Zwangskartelle und Gewerkschaften.

Zur Politik der französischen, deutschen und englischen Bergarbeiter.

Seit 13 Jahren bestehen im deutschen Kohlenbergbau Zwangskartelle, die die Konkurrenz der deutschen Bergbauunternehmer untereinander ausschalten und in deren Leitung Vertreter der Arbeiter und der Regierung sitzen. Was die nationale Regelung dieser Industrie anbelangt, sind hier also die Forderungen der Gewerkschaften sehr weitgehend erfüllt. Trotzdem herrscht im deutschen Kohlenbergbau eine scharfe Krise, und trotzdem haben gerade die Bergarbeiter in Deutschland besonders starke Lohnsenkungen erlitten. Nach 13 Jahren Zwangskartellierung sind die Unternehmer noch die unbedingten Herren des Bergbaues. Die Erfahrung dieser 13 Jahre hat gezeigt, daß das richtig war, was ROSA LUXEMBURG schon 1919 sagte:

„... worauf reduziert sich notwendigerweise die aktive Teilnahme der Gewerkschaften an der Bestimmung des Umfangs und der Preise der Warenproduktion? Auf ein

Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen den Konsumenten,

und zwar unter Gebrauch von Zwangsmaßnahmen gegen konkurrierende Unternehmer. ... Es ist dies im Grunde genommen kein Kampf zwischen Arbeit und Kapital mehr, sondern ein solidarischer Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft. Seinem sozialen Werte nach ein reaktionäres Beginnen, ... das gerade Gegenteil vom Klassenkampf ...“

Nichts gelernt!

Die Gewerkschaften haben weder auf diesen Mahnruf gehört, noch aus der Erfahrung der 13 Jahre in Deutschland gelernt. Nach wie vor wird von vielen Gewerkschaften für den Bergbau die gemeinsame Produktionskontrolle der Arbeiter, Unternehmer und des Staates gefordert. (Die deutschen ebenso wie die französischen Sozialdemokraten und der deutsche Bergarbeiterverband fordern eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues; den Kohlenbergbau dem kapitalistischen Staat ausliefern, ist für die Arbeiterschaft um kein Haar besser, als ihn der „Kontrolle“ von Arbeitern, Unternehmern und Staat anzuvertrauen.)

Das internationale Ziel vieler Gewerkschaften ist, daß alle wichtigen Kohle erzeugenden Länder nationale Kartelle bilden und diese Kartelle sich zu einem internationalen Kartell zusammenschließen, „damit dem Chaos des wild drauflos-Produzierens ein Ende geschaffen wird“.

In England hat die Arbeiterregierung angefangen, die Forderungen der Gewerkschaften durch Bildung von Zwangskartellen zu befriedigen. Jedoch haben die englischen Gewerkschaften an der jetzigen Regelung vor allem auszusetzen, daß der letzte Rest von Konkurrenz noch nicht ausgeschaltet ist.

Kohlenpolitik der französischen Kapitalisten.

In Frankreich ist die Lage des Bergbaues etwas anders als in England und Deutschland. Während diese beiden Länder Kohle in großem Maße ausführen, importiert Frankreich etwa ein Drittel seines Kohlenverbrauchs, teilweise, weil gewisse Kohlenarten dort nicht vorkommen. Als Einfuhrland hat Frankreich daher lange Zeit weniger unter der zunehmenden Ueberproduktion an Kohle gelitten als England und Deutschland. Das Verhältnis von Produktion zu Einfuhr blieb ziemlich stabil 2 : 1.

Die Wirtschaftskrise, und besonders die Aufgabe der Goldwährung in England, haben hier einen Wandel geschaffen, der zwar noch nicht sehr bedeutend ist, in Frankreich aber sowohl auf die Gewerkschaften, als auch auf die Unternehmer und die Regierung sehr alarmierend gewirkt hat. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat, das dank der in Deutschland überhöhten Kohlenpreise seine Ausfuhrpreise noch unter die Gestehungspreise herabsetzen kann, hat seine Dumping-Politik in der Krise sehr verschärft, worunter der französische Kohlenbergbau stark gelitten hat. Seit Einführung der Zwangskartelle in England hat sich die gleiche Politik auch seitens der englischen Exporteure mehr und mehr durchgesetzt und der sinkende Pfundkurs hat ein Uebriges getan.

Ende 1930 betragen die Haldenbestände in Frankreich 2,5 Millionen Tonnen, Ende 1931 4,5 Millionen Tonnen. (Die Haldenbestände des Ruhrkohlen Syndikats betragen zu diesem Zeitpunkt etwa 9 Millionen Tonnen.) Um der Kohleneinfuhr Einhalt zu gebieten, führte die französische Regierung Mitte des vergangenen Jahres ein Kontingentierungssystem ein, das die Einfuhr erst um 20, dann um 28 Prozent senken sollte. Nur Kohle, die in Frankreich nicht erzeugt werden kann, darf weiter frei eingeführt werden.

Trotzdem hat die Kohleneinfuhr das Kontingent um etwa 17 Prozent überschritten. Warum? Weil oft die französischen Grubenbesitzer selber ausländische Kohle einführen, entweder, um sie in ihren Kokereien zu verbrauchen, oder aber, um sie mit ihrer eigenen Kohle, die sie auf den Markt bringen, zu vermischen. Denn ausländische Kohle ist billig, während die Kontingente in Frankreich ihrer Aufgabe vollauf insofern genügen, als sie die Preise hochhalten.

Das reaktionäre Beginnen der Gewerkschaften.

Was fordern die französischen Gewerkschaften angesichts dieser Lage? Sie fordern nicht Abbau der Handelsbeschränkungen und der Kartelle, die die Wirtschaft hemmen und die Krise verschärfen. Sie fordern

hingegen als ersten Schritt zur Ueberwindung der Krise die

striktere Anwendung der Kontingentierungsbestimmungen.

Die Gewerkschaften meinen zwar, daß diese Bestimmungen nicht hinreichen, um die Konkurrenz völlig zu verhindern, wohl aber, um ihre Schärfe etwas herabzumindern. Als zweiten Schritt fordern sie dann die

Einführung von Syndikaten, ungefähr nach dem Muster des deutschen Kohlen Syndikats.

Die Begründungen der französischen Gewerkschaften für diese Forderungen sehen etwa so aus:

Die deutschen und englischen Genossen, so sagt man, haben diese Forderungen schon weitgehend durchgesetzt; sie haben sich aber nicht darum bemüht, die Dumping-Politik der Unternehmer zu verhindern. Die französischen Arbeiter müssen sich nun dagegen verteidigen, allesamt aufs Pflaster geworfen zu werden. Gewiß, durch die Kontingentierungspolitik werden zum Beispiel deutsche Arbeiter erwerbslos; aber „jeder ist sich selbst der Nächste“.

Erinnert das nicht an das Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen konkurrierende Unternehmer (und Arbeiter), von dem Rosa Luxemburg spricht?

Wenn man den französischen Gewerkschaftskollegen nun erwidert, daß die deutschen und englischen Unternehmer nur deshalb in der Lage sind, Dumping zu betreiben, weil sie, mit Hilfe der Gewerkschaften, im Inland überhöhte Preise fordern und dadurch die Schleuderausfuhr finanzieren können, — daß Frankreich es vielleicht einst ebenso machen wird, wenn erst, mit Hilfe der französischen Gewerkschaften, die Konkurrenz in Frankreich abgeschafft worden ist, — dann bekommt man die Antwort: Wir wollen ja dann die internationale Verständigung der nationalen Syndikate. Das internationale Kohlen Syndikat, das wir fordern, wird die Produktion, die Preise und die Absatzgebiete für alle nationalen Syndikate genau regeln; diese werden wiederum in ihren Bezirken die Produktionsquoten verteilen. Auf diese Art wird jedes Dumping ganz unmöglich gemacht.

Und damit haben die Gewerkschaften vielleicht recht; denn wenn ein solches Syndikat zu stande kommt, so wird es die Preise überall weit heraufsetzen und ~~dadurch noch die Verluste des Dumpings sparen können; die Profite der Unternehmer werden also noch steigen.~~

Dagegen sagen die Gewerkschaften, daß die Profite nicht steigen werden, weil die Bergarbeiterverbände die Syndikate mit kontrollieren.

Gewiß, aber wenn die Unternehmer nun beschließen, den Arbeitern etwas von den Profiten abzugeben, ihnen die Löhne heraufzusetzen oder ihnen Häuser zu bauen oder auf andere Art zu helfen? Das gerade wäre doch der

Fall des „solidarischen Kampfes des Kapitals und der Arbeiterschaft gegen die konsumierende Gesellschaft“,

von dem ROSA LUXEMBURG spricht! Dieser Fall ist nicht ausgedacht, er ist in der Geschichte des Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikats oft vorgekommen, und die Arbeiter haben nicht gesagt: „Wir fordern Herabsetzung der Preise“, wenn ihnen im Falle der Preiserhöhung eine Lohnerhöhung versprochen wurde. Ebenso wird es wohl auch in Zukunft sein. Jedenfalls weist nichts darauf hin, daß die Gewerkschaften in Zukunft mehr als bisher berücksichtigen werden, daß die Konsumenten der Kohle direkt oder indirekt zumeist auch Arbeiter sind, daß die Bergarbeiter also ihre höheren Löhne nicht auf Kosten des Profits der Kapitalisten, sondern auf Kosten der Kaufkraft anderer Arbeiter erhalten.

Die Gewerkschaften sollten daran denken, daß die Unternehmer im allgemeinen in einen Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn hier vorschlagen, nur einwilligen, wenn es für die Kapitalisten günstig ist. Die Bildung eines Monopols ist zumeist für die Kapitalisten günstig. Die Kontrolle der Gewerkschaften braucht die Kapitalisten nicht sehr zu stören; denn erstens stimmen die materiellen Interessen einer Gruppe von Arbeitern, wie in dem hier erwähnten Fall, manchmal überein mit denen „ihrer“ Kapitalisten. Zweitens verstehen es die Kapitalisten sehr wohl, die Kontrolle der Gewerkschaften zu umgehen, wo sie das für wichtig halten. Bei der Festsetzung der Bezüge der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder und bei der Besprechung anderer wichtiger Fragen, die ihrer Ansicht nach die Arbeiter nichts angehen, haben sie sich in deutschen Betrieben oft „unter sich“ getroffen.

Den Kapitalisten zu Monopolstellungen zu verhelfen, ist in der Tat ein reaktionäres Beginnen, das gerade Gegenteil des Klassenkampfes.

Diese Feststellung verurteilt das Programm der französischen Arbeiter und anderer Gewerkschaften. Um Vorteile für die Arbeiter zu erlangen, sind sie auf den Klassenkampf zu verlassen!

Hilde Meisel (Paris).

Aus den Konsumgenossenschaften.

1. Was steht höher, Grundsatz oder Geschäft?

Im vorigen Jahr wurde der Geschäftsleitung des Konsumvereins einer mitteldeutschen Stadt das vernünftige Ansinnen gestellt, am 1. Mai den Betrieb und die Verkaufsstellen geschlossen zu halten. Der Vorstand, dessen Mitglieder alle sozialdemokratisch organisiert sind, entschied, der Betrieb solle am 1. Mai geöffnet sein. Er begründete sein Verhalten damit, in der jetzigen Notzeit sei ein Ausfall an Einnahmen nicht tragbar, und er wolle außerdem nicht den Anschein geben, als sei der Konsum ein marxistisches Unternehmen.

2. „Konsumvereine sind politisch und religiös neutral.“

Einem Lehrling der gleichen Genossenschaft, der — anlässlich der Abspaltung der SAP — aus der SAJ in die Jugendgruppe der SAP übertrat, wurde vom Geschäftsführer telephonisch mitgeteilt, daß er seinen Rücktritt rückgängig machen sollte, wenn er nicht seine Entlassung heraufbeschwören wolle.

3. Theorie —

„Es ist heute noch der berechtigte Stolz aller Konsumvereine und ihrer Betriebsleitungen, durch Tarifabschlüsse mit den Gewerkschaften frühzeitig höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Lohnfortzahlung bei Krankheit nebst Pensionskasse

und bessere Arbeitsbedingungen als in Privatbetrieben gleicher Branche üblich sind, durchgeführt zu haben.“ („Konsumgenossenschaftliches Volksblatt“, Mitte Januar 1932.)

4. — und Praxis.

Im gleichen Aufsatz steht weiterhin: „Deshalb ist es viel sozialer, in schwerster Zeit, nach Beseitigung aller vermeidbaren Unkosten, an die Senkung und Anpassung persönlicher Lasten zu gehen... als an heute nicht mehr zu verantwortenden Arbeitsbedingungen starr festzuhalten.“ — Das ist eine Begründung zur Auflockerung der Arbeitsbedingungen, wie sie jeder privatkapitalistische Unternehmer mit dem gleichen Schein der Berechtigung anbringen kann. Die Auswirkung: Weibliche Lagerhalter will man in die Lohnklasse der Verkäuferinnen einordnen. Mein Urlaubsrecht ist von 16 Arbeitstagen auf 11 zurückgegangen. Den Lehrlingen wurde der Urlaub um drei Tage gekürzt.

Laut Tarifvertrag beträgt die Arbeitszeit 48 Stunden pro Woche. In der Tat rechnet jeder „anständige Genossenschaftler“ mit einer 25stündigen Arbeitszeit. Faktisch aber wird sogar 60 Stunden gearbeitet. Für diese zwölf Stunden Mehrarbeit steht uns das Recht zu, 6 Stunden abzumummeln. Infolge der Einschränkung des Verkaufspersonals läßt sich aber das Abummeln nur sehr selten durchführen. G. L.

Reichsbank am Monatsende.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro-enthalten	Gesamt-Geld-umlauf
23. 5. 1931	2370	197	—	67	1430	3751	374	5261
31. 5. 1931	2390	186	25	167	1791	4299	353	5873
23. 4. 1932	859	129	7	83	2889	3875	370	5789
31. 4. 1932	858	131	26	282	3146	4128	405	6200
23. 5. 1932	856	135	2	95	2797	3739	365	5836
31. 5. 1932	863	129	18	257	2990	3961	431	5990

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben sich, wie in der Vorwoche, kaum verändert. Die Abnahme des Devisenbestandes wurde ausgeglichen durch die Vergrößerung des Goldvorrates infolge weiterer Ankäufe von Russengold.

Die Ausleihungen sind in der Berichtswoche um insgesamt 371 Millionen Mark gestiegen. Die zusätzliche Kreditanspruchnahme ist also wesentlich geringer als in der letzten Aprilwoche; damals betrug sie 475 Millionen Mark.

Der Notenumlauf hat sich in der vergangenen Woche um 222 Millionen Mark vergrößert. Von den bei der Reichsbank liegenden Scheidemünzen sind wieder 109 Millionen Mark in den Verkehr geflossen. Der gesamte Geldumlauf ist um 354 Millionen Mark gestiegen und ist nur noch um 117 Millionen Mark größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Bey.

DEUTSCHLAND

Sparkassen:

Spareinlagen Ende März 9 951 Mill. Mark
Zugang im April: echte Neueinlagen . . . 425 Mill. Mark
Zinsgutschriften 17 Mill. Mark
Aufwertungsgutschriften 47 Mill. Mark

Auszahlungen im April 10 440 Mill. Mark
Spareinlagen Ende April 484 Mill. Mark
Spareinlagen Ende April 9 956 Mill. Mark

Der Einlagebestand hat also um 5 Millionen Mark zugenommen. Die echten Neueinzahlungen waren um 40 Millionen Mark höher als im Vormonat. Aber auch die Auszahlungen waren größer als im Vormonat, und zwar um 13 Millionen Mark.

Konkurse: Die Zahl der neuen Konkurse ist von April auf Mai gesunken von 929 auf 739, die Zahl der neu eröffneten Vergleichsverfahren von 742 auf 627.